

Zeitschriftenschau / Aktuelle Debatten

Wie realistisch ist eine Mosaik-Linke?

Hans-Jürgen Urban stellt im „Argument“ einen „Vorlauf“ zum Stichwort „Mosaik-Linke“ für das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM) zur Diskussion.¹ Darin umreißt er die intellektuellen Debatten um den von ihm 2007 geprägten Begriff. Die Mosaik-Linke ist für Urban ein „links-plurales Kooperationsbündnis“ (29), das „unterschiedliche Individuen, Organisationen und Bewegungen“ eingehen und „die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen, ohne eigene Identitäten aufzugeben“ (22). Die Klage über die Zersplitterung der Linken und die Forderungen nach Zusammenarbeit sind bekanntlich nicht neu. Interessant wäre eine Skizze der Realgeschichte entsprechender Diskussionen und Bemühungen. Leider verharrt der Entwurf auf einer Ebene der theoretischen Abstraktion, auf der die wirklichen Probleme praktischer Politik nicht zur Sprache kommen. Unter anderem heißt es: „In einer solchen Kooperation müssten horizontale Diskurse sowie vertikale und repräsentative Modelle linker Verständigung ineinander übergreifen“, deren Zweck sei die „Erlangung von Macht und Hegemonie, verstanden als Fähigkeit zu wirkungsmächtigen und transformativen Interventionen“ (25). Ein empirisches Beispiel aus der heutigen Linken könnte diese Formulierung konkretisieren. Gut wäre es zudem, die Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen der Begriff der Mosaik-Linken geprägt und populär wurde. Viele glaubten damals, es sei an der Zeit für eine Koalition aus SPD, Linken und Grünen im Bund. Der Einbruch der SPD und der Aufstieg der AfD haben diese Hoffnung zerschlagen. Ein Stichwort zur Mosaik-Linken müsste diese Entwicklung analysieren.

Das Problem der Linken, so *Klaus Dörre* in seinem Beitrag zum Heftschwerpunkt, bestehe nicht in ihren Streitigkeiten, sondern darin, dass sich „jedes Mosaiksteinchen für das große Ganze“ halte. „Kaum ein Einzelelement scheint bereit, sich in ein stimmiges Gesamtkunstwerk einzufügen“ (38). Angesichts einer „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (48) plädiert Dörre für eine demokratische und die Gesellschaft transformierende Klassenpolitik. In der Hinwendung von Angehörigen eines in die Defensive geratenen industriellen Proletariats zum Rechtspopulismus sieht der Autor den Versuch, sich durch die Diskriminierung anderer selbst aufzuwerten. „Statt wertebasierten Zusammenhalt überzubetonen, muss darum gerungen werden, dem gerade bei Arbeiter/innen verbreiteten Empfinden von sozialer Abwertung und Kontrollverlust entgegen zu wirken, indem Streit, Konflikt und Klassenkampf als Formen demokratischer Vergesellschaftung wiederentdeckt werden.“ (47)

Brigitte Aulenbacher warnt, dass Antikapitalismus nicht auf Klassenpolitik reduziert werden dürfe. „Selbst wenn das Kapitalverhältnis für eine bestimmte ‚Beleuchtung‘ (Marx) der übrigen Verhältnisse sorgt, so sind sie doch anderen

¹ *Das Argument*, Nr. 331, 1/2019, 156 Seiten, 14 Euro.

Ursprungs.“ (67f.) Unklar bleibt, worin genau die dem Kapitalismus zugeschriebenen „genuin euro- und androzentrischen Herrschaftslogiken“ (68) bestehen. Historisch entstand der Kapitalismus in Europa und unter männlicher Dominanz. Aber von diesen Ursprüngen scheint sich die Produktionsweise zumindest teilweise emanzipiert haben, operiert sie heute doch weltweit und, soweit vorteilhaft, unabhängig von Kultur und Geschlecht der Besitzenden und Herrschenden.

Michael Zander

Wirtschaftswissenschaft und Interessen

Die Existenz einer vom Mainstream der Wirtschaftswissenschaften gesonderten „pluralen Ökonomik“ oder „heterodoxen Ökonomik“ sagt alles über den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland: Denn kann es in einer von Interessengegensätzen bestimmten Gesellschaft eine seriöse Gesellschaftswissenschaft (nichts anderes sind die Wirtschaftswissenschaften) geben, die nicht „plural“ ist? Der „Pluralen Ökonomik. Alternativen der Wirtschaftswissenschaft“ ist das neueste Heft des „Forum Wissenschaft“ gewidmet, das gemeinsam mit der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.“ (im Editorial irrtümlich: AG „Alternative Wirtschaftswissenschaft“) herausgegeben wurde.¹ Im Editorial heißt es: „Die Wirtschaftswissenschaft ist durch eine Reduktion auf das marktfundamentalistische Paradigma gekennzeichnet“, d.h. auf die Neoklassik, derzufolge die Märkte durch „endogen wirkende Selbststeuerung in der Lage“ seien, „das optimale Gleichgewicht der Gesamtwirtschaft zu erreichen.“ Gegen diese realitätsferne Annahme wendet die „plurale Ökonomik“ ein, dass die Herstellung von Gleichgewichten „regulierte Märkte und kontinuierliche staatliche Intervention in Wirtschaftsabläufe“² erfordere (6), was einen Kern der Post-Keynesianischen Ökonomik darstellt. Zwar wird von verschiedenen Autoren des Hefts betont: „Zur Heterodoxie gehört auch marxische Politische Ökonomie mit dem Ziel der ‚Anatomie der kapitalistischen Bewegungsgesetze‘“,³ (16), faktisch geht es aber bei der „pluralen Ökonomik“, wie die meisten Beiträge des Heftes zeigen, um Varianten des Keynesianismus. Dass wirtschaftswissenschaftliche Aussagen etwas mit Interessen zu tun haben wird nur selten erwähnt⁴: Es sei daher an Marx' Formulierung in der „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ erinnert, der den Zehnstundenbill von 1847 und die

¹ Forum Wissenschaft, Nr.3, September 2019, herausgegeben vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

² Eckhard Hein/Marc Lavoie, Post-Keynesianische Ökonomik, S. 4-8.

³ Rudolf Hickel, Geldpolitik unter dem Regime des Übersparens, S. 16-21.

⁴ Immerhin merken Gustav Bergmann/Heinz J. Bontrup/Jürgen Daub, Über die Bedeutung einer Pluralen Ökonomik, S. 9-12, an, dass die Wirtschaftswissenschaft von „Kapitalfreundlichkeit und Marktpolopogetik beherrscht“ werde (9).

Gründung von Kooperativfabriken als „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ betrachtete.⁵ Von einer solchen Rückbindung wirtschaftswissenschaftlicher Aussagen an Interessen ist die plurale Ökonomie weit entfernt. Auf diese Defizite macht der Beitrag von *Friederike Habermann* aufmerksam.⁶ Sie wirft dem „Netzwerk Plurale Ökonomie“ vor, sich zwar vehement gegen das neoklassische Monopol zu wenden (was immerhin ein Verdienst ist, J.G.), aber letzten Endes nichts anderes zu wollen „als die grundlegenden Strukturen der Marktwirtschaft zu erhalten.“ (13) Der Kapitalismus werde nicht als historisch entstandene und somit vergängliche und zu überwindende Produktionsweise verstanden, man gehe davon aus, dass sich die Strukturen des Systems „durch regierungsstaatliches Handeln grundsätzlich verändern lassen.“ *Friederike Habermann* geht mit den „pluralen Ansätzen“ herb ins Gericht: „Keynesianische Green New Deal-Ansätze und/oder Degrowth sind nur kurzfristig möglich, so notwendig sie zunächst sein mögen. Die ökonomische Analyse kann zeigen (...), dass es einer grundsätzlichen Transformation bedarf. Dass das von so vielen Linken als unrealistisch abgetan wird, liegt auch an der Leerstelle ökonomischer Vermittlungen der letzten Jahrzehnte.“ (15) Indem die am Keynesianismus orientierten Positionen der „pluralen Ökonomie“ die Akkumulationszwänge und Widersprüche des Kapitalismus als politisch beherrschbar darstellen, blockierten sie die notwendigen grundlegenden Veränderungen. Sicherlich ist in der konkreten Wirtschaftspolitik ein Bündnis zwischen „der marxischen politischen Ökonomie und der keynesschen makro-ökonomischen Analyse“ (20) möglich und notwendig, wie *Rudolf Hickel* hervorhebt, ein Gedanke, der bei der Gründung der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memo-Gruppe) im Jahre 1975 Pate stand. Dies trifft aber nicht für die wissenschaftliche Analyse des Kapitalismus zu – bekanntlich konnte Keynes selbst mit Marx nicht viel anfangen. „Vielfalt ist kein Selbstzweck“, bemerkt *Habermann*: „Um wahrhaftige Alternativen aufzeigen zu können, braucht es den analytischen und auch historischen Weitblick, die im Kapitalismus herrschenden Prinzipien von Markt, Geld und Tausch, von Eigentum, von Arbeit etc. als konstruiert zu erkennen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Jörg Goldberg

Fabrikarbeit, geringer Lohn, Kinderversorgung

Dem Verhältnis von Klasse und Geschlecht widmet die geschichtswissenschaftliche Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ eine Schwerpunkt-Ausgabe, deren Beiträge allesamt lesenswert sind.¹ Unter anderem geht es darin um die Beteiligung von Frauen an wilden Streiks nach dem Zweiten Welt-

⁵ Marx-Engels-Werke, Bd. 16, S. 11.

⁶ Plurale Oberflächlichkeit. It's the Market, Marxist, S.13 – 15.

¹ Arbeit – Bewegung – Geschichte, III/September 2019, 220 Seiten, 14 Euro.

krieg (*Jan de Graaf*), den Westberliner Kindergärtnerinnenstreik von 1969 (*Hendrik Wehling, Mirja Memmen, Jonathan Welker*), Frauenverbände und Gewerkschafterinnen in der BRD (*Andre Dechert*) und um Strategien der Klassendistinktion der bürgerlichen Frauenbewegung gegenüber dem Proletariat (*Mette Bartels*).

Problematisch ist allerdings, dass historische Vorgänge teilweise im Lichte späterer Theorien erörtert werden, ohne dass die Charakteristika der damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse hinreichend berücksichtigt werden. *Jule Ehms* schreibt über anarchosyndikalistische Bemühungen in der Weimarer Republik, eine Hausfrauengewerkschaft zu gründen. Die Autorin attestiert den Aktivistinnen einen „Differenzfeminismus“, weil diese von einer „natürlichen Verschiedenheit der Geschlechter“ ausgegangen seien (88).

Im Editorial konstatieren *Axel Weipert, Fabian Bennewitz* und *Anja Thuns*, dass es für viele angeblich „brandneue ‚turns‘“, der feministischen Theorie historische Vorbilder gibt (9). Das gilt auch für die erst dem Feminismus 1990er Jahre zugebilligte Einsicht, dass die Geschlechtskategorien „Mann“ und „Frau“ nicht eindeutig und hinreichend sind. Die Schriften von Magnus Hirschfeld (1868-1935) und seiner Mitarbeiter zum „dritten Geschlecht“ werden leider nicht berücksichtigt. „Wenn es mehrere Möglichkeiten gab, gesellschaftsverändernde Protestidentitäten zu bilden, warum sollte dann ‚Klasse‘ der Vorrang gebühren?“ (7) Diese im Editorial gestellte Frage spiegelt eher akademische Denkweisen unserer Tage wider als die Perspektive der historischen Akteurinnen. Sie klingt nur plausibel, wenn man vernachlässigt, in welchem Ausmaß das Leben des industriellen Proletariats im 19. und 20. Jahrhundert von der Klassenlage und von Ausbeutung bestimmt war.

Was es damals bedeuten konnte, lohnabhängig zu sein, zeigt *Gisela Notz* exemplarisch in ihrem Porträt der sozialdemokratischen Arbeiterin und Schriftstellerin Emma Clara Döltz (1866-1950). Ab ihrem 14. Lebensjahr musste Döltz in einer Stahlfedernfabrik arbeiten. „Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit lag bei 12 Stunden. Grundsätzlich erhielten Frauen bei gleicher Arbeit nur die Hälfte bis zwei Drittel der Männerlöhne.“ (102) In den Jahren nach ihrer Heirat gebar Döltz drei Kinder und gab ihre Stelle auf. Da der Lohn ihres Mannes für den Lebensunterhalt der Familie nicht ausreichte, stellte sie in Heimarbeit „Kordeln, Fransen, Zierbänder und anderes“ her (104). Daneben fand sie Zeit zum Schreiben und für politisches Engagement.

Michael Zander